

RENATE ANDERL
PRÄSIDENTIN DER BUNDESARBEITSKAMMER

KAMMER FÜR ARBEITER
UND ANGESTELLTE FÜR WIEN
PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
Telefon +43 1 501 65 12191, 12215
renate.anderl@akwien.at

Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
zH Herrn Bundesminister
Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek
Minoritenplatz 5
1010 Wien

Wien, am 28.09.2022

Bildungsteilhabe trotz Teuerung sicherstellen

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Als Bundesarbeiterkammer wissen wir um die hohe Belastung von Eltern und ihren Kindern und Jugendlichen aufgrund der aktuellen hohen Inflation und Teuerung. Wenn die Preise für das tägliche Leben in die Höhe schießen, können sich viele Familien weder Nachhilfe noch Schulausflüge leisten – das zeigt eine aktuelle Erhebung von Bundesarbeiterkammer und IFES. Familien spüren die Teuerung deutlich. Und sie wirkt sich auf die Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen aus. Vor diesem Hintergrund möchte ich die Indexierung der Sozialleistungen, nach der Begutachtung nun auch der Schüler:innenbeihilfe, ausdrücklich begrüßen.

Allerdings ist dieser wichtige Beschluss nicht ausreichend, um die Folgen der Teuerung auf die Lebenschancen und -welten von Kindern und Jugendlichen abzufedern. Denn die Ergebnisse unserer jüngsten Studie zeigen: Eltern erwarten zurecht im kommenden Schuljahr in fast allen Bereichen Kostensteigerungen bzw. höheren finanziellen Aufwand. Und das betrifft auch allgemein notwendige Aufwendungen im Schulbereich. Erwartet werden beispielsweise deutlich höhere Kosten für Schulmaterialien, Schulveranstaltungen und Essensgeld.

Dabei sehen sich die befragten Eltern nicht mehr in der Lage, diese steigenden Kosten selbst vollständig zu tragen. Jede vierte Familie gibt an, sich die Kosten für die notwendige EDV-Ausstattung voraussichtlich nicht mehr leisten zu können. Ähnlich viele Familien planen Einsparungen im Bereich der Nachhilfe sowie bei kultureller Beteiligung. Auch bei Schulmaterialien, Schulgebühren und Schulausflügen sehen sich 12 bis 14 Prozent der Eltern nicht im Stande, diese im kommenden Schuljahr zu finanzieren. Mehr als jede fünfte Familie (22 Prozent), deren Kind eine Form der Ganztagesbetreuung besucht, gibt an, sich diese nicht mehr leisten zu können. Eine Folge daraus wird sein, dass Eltern etwa bei Nachhilfe wieder selbst in die Bresche springen müssen, was in der Praxis – das zeigen Studien – v.a. Frauen betrifft. Diese zusätzliche Belastung, die schon in der COVID-19-Pandemie nicht nur Kinder, sondern auch Eltern getroffen hat, wird durch die Teuerung noch mal verschärft und trifft abermals die ohnehin finanziell Benachteiligten am härtesten.

Die Teuerung wird damit deutliche Auswirkungen auf die Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen und in weiterer Folge auf ihre Chancen für eine unbeschwerte Kindheit haben. Viele Kinder und Jugendliche werden weniger an schulischen und außerschulischen Angeboten teilnehmen können. Ihre Interessen und Stärken können damit abhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern weniger gefördert werden. Aber auch ihre Betreuung am Nachmittag ist im kommenden Schuljahr nicht uneingeschränkt sichergestellt.

AK Vorschläge für Bildungsteilhabe trotz Teuerung:

- **Schulkosten drastisch reduzieren:** Es braucht ein Budget für Schulmaterialien, das Lehrerinnen und Lehrer unbürokratisch verwenden können, nach dem Vorbild des Zweckzuschusses für Pflichtschulen (ehemals Wiener Warenkorb), um Kinder und Jugendliche mit allen notwendigen Materialien wie Hefte, Bleistifte, Zeichenpapier oder Ähnliches auszustatten.
- **Ganztagesbetreuung absichern:** Es braucht zusätzliche Budgets und unbürokratische Förderungen für Gemeinden, damit sichergestellt wird, dass kein Kind aus finanziellen Gründen von der Ganztagesbetreuung abgemeldet wird. Dafür müssen auch die Voraussetzungen für die Befreiung und Ermäßigung von Elternbeiträgen in Kinderbildungseinrichtungen und Nachmittagsbetreuung von Gemeinden bzw. Bundesländern angepasst werden. Viele Familien mit niedrigen Haushaltseinkommen bekommen keine Ermäßigung und haben große Schwierigkeiten, die Beiträge für Essen und Betreuung im kommenden Schuljahr zu bezahlen.
- **Teilhabe in der Freizeit sicherstellen:** Es braucht niederschwellige Fördertöpfe, um im Bereich der Freizeitförderung Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen.
- **Entlastungen für armutsgefährdete Familien und Alleinerziehende:** Sie trifft die Teuerung in besonderem Ausmaß. Es braucht ein Entlastungspaket (Anhebung Arbeitslosengeld und Sozialhilfe; Unterhaltsgarantie) sowie spezifische Unterstützungsangebote (z.B. Ferien- und Lerncamps) für diese besonders vulnerable Gruppe unserer Gesellschaft.

Wir stehen im Nachklang der Pandemie nun wieder vor einer Situation, in der wir staatspolitische Verantwortung im Sinne der Familien, der Schüler:innen einfordern müssen. Ich fordere Sie dazu auf, Familien, Kinder, Jugendliche und Lehrlinge spürbar zu entlasten, ihre breite Bildungsteilhabe im Blick zu haben und die bildungspolitische Unterstützung für das bevorstehende Schuljahr bestmöglich vorzubereiten. Die Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft unseres Landes – wir müssen ihre Entwicklung und ihr Wohlbefinden ganz oben auf die Agenda setzen. Wenn wir als Bundesarbeiterkammer dabei unterstützen können, stehen wir gerne zur Verfügung. Wir hoffen, dass Sie einige unserer Vorschläge umsetzen!

Mit besten Grüßen,



Renate Anderl

Präsidentin der Bundesarbeiterkammer